

D'Äisblock-Wett fir de Klimaschutz Isoléiere brengt et – Wett mat Äis

Wie viel schätzen Sie bleibt von einem Eisblock übrig, der in einem sehr gut wärmedämmten Haus während 2 Frühlingsmonaten Sonne und Hitze ausgesetzt ist?

Mit dieser Eisblockwette wollten die Organisatoren, Mouvement Ecologique, Klimabündnis Lëtzebuerg und Stiftung Öko-Fonds auf spektakuläre Art und Weise die Potentiale aufzeigen, die im Bereich Wärmeisolierung von Gebäuden bestehen. Das nach 2 Monaten übriggebliebene Eis – 64% – ist ein deutlicher Beweis dafür, dass Niedrigenergie- oder besser noch Passivhäuser einen konkreten Beitrag zum Energiesparen darstellen, indem sie 50% bis 90% weniger Energiebedarf als herkömmliche Bauten aufweisen.

Der Häuserbau von heute ist die Hypothek für den Energieverbrauch von morgen – denn schlecht isolierte Neubauten werden während ihrer gesamten Lebensdauer von 50 – 80 Jahren viel Energie vergeuden. Es gilt also heute die Maßstäbe für den Wärmebedarf von Neubauten so zu setzen, dass die bestmögliche Technik zur Anwendung kommt. Diese Technik hat sich in

vielen Beispielen vor allem in Deutschland, Österreich und der Schweiz bisher bewährt.

Zeitgleich fanden ähnliche Aktionen in 3 österreichischen Städten statt, wo das Resultat vergleichbar war (rund 2/3 blieb übrig).

Die Wette – ein überzeugender Publikumserfolg

Sehr groß war das Interesse an dieser Aktion auf der ‚Place d'Armes‘. Zwischen dem 3. April und dem 5. Juni wurden mehr als 1400 gültige Wetten abgeschlossen. Die Wetten waren überwiegend optimistisch, dass mehr als die Hälfte vom Eis übrig bleibt. Unter den 79 richtigen Wetten wurden folgende Gewinner ausgelost:

1. Preis: Eine Skulptur vom Luxemburger Künstler Michel Geimer gestiftet von der Stadt Luxemburg und den Organisatoren
Schumacher Gérard aus Troisvierges



Während der Preisübergabe

2. Preis: Ein Trekking Rad gestiftet von Velocenter Goedert
Ockenfeld Joshua aus Deutschland
3. Preis: 3 Flaschen Eiswein gestiftet von der Kellerei Charles Decker
Reifenberg Marie-Thérèse aus Cessange

4. – 10. Preis: je ein ‚Thematischer Wanderführer‘ durch die Regionen Luxemburgs

Flughafen: öffentliche Prozedur im Ferienmonat August degradiert Beteiligung der BürgerInnen zur Farce

Eine erste Stellungnahme von Mouvement Ecologique und lokalen Interessenvereinen



Durch das Ausliegen dieses wichtigen Dossiers während der Sommermonate verursacht die Regierung erneut eine unnütze Polemik ... (Foto aus der Broschüre „L'avion et l'environnement“ der Luxair S.A. sowie der Cargolux Airlines International S.A.)

Seit Jahren wird über den Ausbau des Flughafenareals diskutiert. Nicht nur Interessenvereine und Mouvement Ecologique hatten sich hierbei mehrfach dafür eingesetzt, dass auch die Belange der Anrainer und der Umwelt berücksichtigt werden müssten. Auch die Gemeinden, und vor allem die Stadt Luxemburg, sprachen eine deutliche Sprache und setzten sich für eine transparente und offene Diskussion ein, in der eine Abwägung aller Interessen erfolgen sollte.

Obwohl eine korrekte Vorgehensweise der Regierung es durchaus ermöglicht hätte, das Dossier bereits vor Jahren abzuschließen, zieht sich die Debatte ins Unendliche. Nicht zuletzt da die fragwürdige Regierung auch dazu führte, dass Arbeiten seitens des Verwaltungsgerichtes gestoppt wurden. Die neueste Vorgehensweise der Regierung ist ein erneuter Schlag ins Gesicht, nicht nur der interessierten und betroffenen BürgerInnen und Bürger, sondern auch der

Gemeinden und provoziert de facto neue Polemiken.

In der Tat soll nun Ende Juli die Prozedur für den Flächennutzungsplan der Findelregion erfolgen (‚plan d'occupation des sols‘ – POS). Während einem Monat, also vor allem im August (!), haben die Bürger hier die Möglichkeit ihre Einsprüche und Bemerkungen einzureichen. Diesem Plan kommt eine zentrale Bedeutung zu, da er festlegt, welches die Auswirkungen des Flughafens auf die Bebauung in den umliegenden Gemeinden ist: wo darf in Zukunft noch gebaut werden, mit welchen Belastungen haben bestimmte bestehende Viertel der Gemeinden zu rechnen?

Nicht alle Einwohner sind sicherlich zu dieser Zeit in Sommerferien... Und doch: es zeugt von äußerst schlechtem Geschmack und Demokratieverständnis, wenn gerade in einer Ferienperiode, wenn die wenigsten Bürger sich mit dem Dossier auseinandersetzen können, wenn Rückfragen bei Fachleuten nur schwer

stattfinden können ... eine öffentliche Prozedur in einem solchen sensiblen Dossier läuft. Weshalb sollte es nicht möglich gewesen sein, die Prozedur erst Anfang September anlaufen zu lassen? Oder im Vorfeld der Sommerferien? Auf diese Weise hätte das Dossier sachgerecht, konstruktiv und ohne unnötige Polemik diskutiert werden können. Dies war jedoch scheinbar politisch von Innen-, Transport- und Umweltministerium nicht gewollt!

Wurde der Zeitpunkt etwa ausgewählt, weil das Dossier – trotz der langen Bearbeitungszeit – fachlich zu wünschen übrig lässt? Oder/und weil die Zahl von Einsprüchen so gering wie möglich gehalten werden sollte? Diese Vorwürfe muss die Regierung sich jedenfalls gefallen lassen!

Wenn darüber hinaus die Gerüchte stimmen, dann wurden bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes erneut überholte Berechnungsmodelle im Lärmschutzbereich angewandt. Modelle die, falls es zutreffen würde, dazu führen, dass die Lärmbelastungen des geplanten Ausbaus der Flugbewegungen erheblich heruntergespielt werden. Das Ausmass der zu erwartenden Belastungen würde demnach bewusst geringer dargestellt, als es tatsächlich der Fall ist. Tausende von BürgerInnen der angrenzenden Viertel der Stadt Luxemburg bzw. der Nachbargemeinden würden so bewusst getäuscht: ihnen würde die effektive, reale Belastung vorenthalten! Dabei geht es nicht auch um sehr konkrete und praktische Aspekte wie z.B. die Finanzierung von Lärmschutzmassnahmen für Privatpersonen (z.B. Doppelglasfenster).

Eine öffentliche Prozedur, die unter solchen Voraussetzungen im Ferienmonat August stattfindet, wird somit de facto zu einer Farce degradiert. Eine Vorgehensweise, die viel aussagt

über das Demokratieverständnis der Regierung und deren Unwillen eine objektive Abwägung unterschiedlicher Interessen zu gewährleisten!

Angesichts dieser Sachlage werden Mouvement Ecologique und Interessenvereine im Rahmen der öffentlichen Prozedur – nach Durchsicht des Dossiers – ihre Bemerkungen aus rein formalen Gründen zwar einreichen, dies jedoch angesichts des Zeitdrucks nur in knapper Form und mit einem besonderen Augenmerk auf die Lärmschutzproblematik. Diese grundsätzlichen Bemerkungen werden auf der homepage www.emweltzenter.lu einzusehen sein und können auch von Privatpersonen als Grundlage für einen Einspruch genutzt werden.

In einer weiteren Phase werden die Organisationen vor allem eine Kooperation mit den Gemeinden anstreben. Diese haben in der Tat 3 Monate Zeit, um ein Gutachten zum Dossier abzugeben, so dass Interessenvereine und Mouvement Ecologique nach fachlicher Durchsicht des Dossiers ihre weitergehenden, fachlich begründeten Bemerkungen an die kommunalen Verantwortlichen weiterleiten werden.

Mouvement Ecologique und seine Regionlen Contern-Sandweiler-Schüttringen sowie Stadt Luxemburg, Syndicat d'Intérêts Locaux Hamm-Polvermillen, Syndicat d'Initiative et d'Intérêts Locaux Cents-Fetschenhof, Syndicat d'Initiative et d'Intérêts Locaux Sandweiler

Ende August wird der Mouvement Ecologique sowie die Interessenvereine ihren Einspruch in diesem Dossier einreichen. Interessierte BürgerInnen, die ebenfalls einen Einspruch erheben möchten finden ab dem 25. August einen Vordruck auf der homepage www.emweltzenter.lu des Mouvement Ecologique

Energie on tour

Aktionswochende des Mouvements ecologique in Zusammenarbeit mit der Bauberatung Stiftung Ökofonds

Auch dieses Jahr hat sich die Bauberatung der Stiftung Öko-Fonds wieder an den Energietouren des Mouvement Ecologique beteiligt. Schwerpunktthema der Bauberatung waren energie-effiziente Bauweisen, also Passiv- und Niedrigenergiehäuser.

Die Möglichkeit, in Luxemburg gebaute Niedrigenergie- und Passivhäuser zu besichtigen, ist eine enorme Hilfestellung für Bauherren, die sich im Entscheidungsprozess Niedrigenergiehaus ja oder nein befinden. Es können vor Ort alle Fragen über energie-effiziente Bauweisen diskutiert werden. Man kann im wahrsten Sinne des Wortes diese Häuser begreifen.

So kamen auch dieses Jahr viele potentielle Bauherren für Niedrigenergie- und Passivhäuser. Die Beratung am "lebenden Objekt" kann in ihrer Überzeugungskraft pro energie-effizienter



Bauweisen nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gemeinsam haben Bauberaterin und Eigentümer bzw. Planer der Häuser alle Fragen anschaulich und ausführlich behandelt.

An dieser Stelle sei den Eigentümern der besichtigten Häuser für ihr persönliches Engagement ein herzliches Dank ausgesprochen.

Aufgrund der großen Nachfrage werden weitere Veranstaltungen folgen. Wären Sie an einer Teilnahme interessiert, so rufen Sie uns an.

Tel: 43 90 30 1

Studie zur Markteinführung energie-effizienter Bauweisen

Die Stiftung Öko-Fonds hat im Auftrag des Umweltministeriums eine Studie über mögliche Markteinführungsstrategien von energie-effizienten Bauweisen erstellt. Die Ergebnisse wurden Herrn Minister Charles Goerens und Staatssekretär Eugène Berger vorgestellt.

Seit Einführung der Fördergelder werden von den jährlich 1000 neuerrichteten Einfamilienhäuser ca. 3% in Niedrigenergie- und Passivhausbauweise ausgeführt. Dies ist ein erfreulicher Anfang, doch noch lange nicht genug, um die Zunahme der CO2-Emissionen, die Neubautenaktivitäten immer bedeuten, so gering wie möglich zu halten. Das europaweit einmalige Förderprogramm lässt einen weit höheren Anteil an energie-effizienten Bauten zu. Dazu bedarf es jedoch einer politisch gewollten und engagiert umgesetzten Markteinführung.

Anhand von ausländischen Beispielen zeigt die Studie auf, wie der Anteil von 3% auf 30%, 50% und mehr Prozent gesteigert werden kann. Notwendig sind zu aller erst eine Verlängerung der Fördergelder über den 31.12.2004 hinaus, langfristiges Engagements und politischer Willen zur konsequenten Markteinführung.

Vorarlberg, ein österreichisches Bundesland, in Landesgröße und Bevölkerungszahl mit Luxemburg durchaus vergleichbar, hat nach konsequenter 10 jähriger Förderpolitik und flächendeckendem Beratungsangebot einen Anteil von 70% Niedrigenergiehäusern in der Neubautätigkeit erreicht.



Alles op Velo am Mamerdall - ein voller Erfolg

Bei strahlendem Sonnenschein fand der diesjährige Fahrradtag "Alles op de Velo" statt. Etwa 7000 Begeisterte nutzten die Gelegenheit, das Mamertal mit dem Fahrrad gemütlich zu erkunden.

An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die zahlreichen Helfer - vor allem die Mitglieder der Regionalen des Mouvement Ecologique - sowie die Sponsoren CFL, P&T Luxembourg, Velocenter Goedert sowie bei "Axa Assurances"! Danke aber auch an die Gemeinden, die die Aktion jedes Jahr unterstützen!

Fundbüro: Auf dem Fahrradtag wurden eine Herrenbrille (mit Goldrand) sowie eine Uhr (mit orangefarbenem Band) abgegeben. Falls Sie diese vermissen: melden Sie sich bitte ab 11. August per Telefon 439030-1.

Walen 2004 - Studente gesicht fir op der Oeko-Foire!

Die Besucher der Oeko-Foire wissen es mittlerweile: auf der Oeko-Foire findet seit einigen Jahren jeweils eine Umfrage bei den BesucherInnen der Messe statt.

So auch 2003, wo natürlich das Thema der Wahlen im Vordergrund steht.

Mehr sei an dieser Stelle nicht verraten. Aber: Wer hat Lust sich an dieser Aktion zu beteiligen? Wer möchte Leute auf Ihre Überzeugungen ansprechen? Falls Sie Lust haben, sich zu beteiligen (auch gegen eine kleine finanzielle Entschädigung), dann melden Sie sich bitte unbedingt beim Mouvement Ecologique ab dem 20. August. Tel. 439030-31. Oder schicken Sie uns eine email: meco@emweltzenter.lu

Oeko-Foire 2003 - jede Hilfe ist willkommen

Haben Sie allgemein Lust auf der Oeko-Foire zu helfen? Wie jedes Jahr kann die Oeko-Foire nämlich auch 2003 nur dann ein Erfolg werden, wenn zahlreiche ehrenamtlich Engagierte während einem Wochenende mithelfen. Gesucht werden Leute für die Kassen, in der Küche, auf diversen Ständen vom Mouvement Ecologique (kein Vorwissen erforderlich), beim Auf- und Abrichten.

Haben Sie Lust: dann rufen Sie uns ab dem 20. August an: Tel. 439030-1, oder schicken Sie uns eine email: meco@emweltzenter.lu

Zweifelhaftes Selbstverständnis von "Air Rescue"

Wie in der Presse zu lesen war, wurde vor kurzem eine Vereinigung "Findel asbl" gegründet. Ziel ist u.a. die Bedeutung eines modernen Flughafens für unser Land deutlich zu machen.

Zu den Mitgliedern zählen ausschliesslich die am Flugbetrieb auf Findel intessierten wirtschaftliche Akteure wie Luxair, Cargolux u.a.m. mit einer Ausnahme: auch die Vereinigung "Air Rescue" ist Mitglied!

Es ist wohl so, dass unterschwellig die neue Vereinigung in erster Linie als Gegenpol zu den lokalen Interessenvereinen bzw. dem Mouvement Ecologique gedacht ist und demnächst bei politischen Kontroversen über verschlammte Prozeduren und diskutabile Vorgehensweisen der Regierung im Findel-Dossier mitmischen wird.

So legitim ein Zusammenschluss wirtschaftlicher Akteure ist, um ihre Interessen zu vertreten, so diskutabel erscheint es jedoch, dass eine Vereinigung wie "Air-rescue", die a priori in erster Linie weder wirtschaftliche noch politische Zielsetzungen in ihren Statuten hat (oder?) sich in politische Auseinandersetzungen hineinziehen lässt. Hat sie dazu ein Mandat von ihren MitgliederInnen?



Sektorielle Plan für GSM-Antennen

Statt Gesundheitsvorsorge – Entmündigung der Gemeindeglieder

Sie schlug Wellen, die Stellungnahme des Mouvement Ecologique zu einem sogenannten "sektoriellen Plan" für GSM-Antennen in Luxemburg. Mit diesem Plan, der den Gemeinden zur Begutachtung zugestellt wurde, sollte ein für alle mal seitens des Staates geregelt werden, wo GSM-Antennen angesiedelt werden dürften.

Der Mouvement Ecologique forderte daraufhin die Gemeinden auf, ein negatives Gutachten abzugeben.

Warum der Mouvement Ecologique – und die Grünen, mit vergleichbaren Argumenten – gegen die staatliche Vorgehensweise und für andere Wege optierten, erfahren Sie in der detaillierten Stellungnahme, die auf den folgenden Seiten veröffentlicht wird.

Zahlreiche Gemeinden und Umweltkommissionen nahmen das Gutachten vom Mouvement Ecologique mit Interesse auf und schlossen sich dieser Sichtweise an. Und auch das Gemeindeglied Syvicol äusserte, wenn auch auf diskrete Art und Weise, Bedenken.

Die Minister Wolter und Frieden gaben wenige Tage nachdem u.a. der Mouvement Ecologique sich an die Gemeinden gerichtet hatte, eine Pressekonferenz, indem sie die Argumente des Mecos nicht im geringsten entkräften konnten.

Was der Mouvement Ecologique davon hält, erfahren Sie auf S. 5 dieses Kéisécker-Infos.

Dieser Tage wurden die Gemeinden seitens des Innenministeriums mit einem Dossier zu den GSM-Antennen befasst. Innerhalb kürzester Zeit sollen die Gemeinden hier – so wie es das Gesetz von 1999 betreffend die Landesplanung vorsieht – eine Stellungnahme zum Entwurf dieses sektoriellen Planes abgeben.

Grund hierfür ist, dass derzeit die Errichtung derartiger Antennen vielfach auf Widerspruch von Bürgern und Gemeindeverantwortlichen trifft und nur recht umständlich durchgesetzt werden kann. Mit dem vorliegenden Reglement soll eine schnellere und effizientere Vorgehensweise gewährleistet werden. Ist dies im Prinzip akzeptabel und auch sinnvoll, so ist der vorliegende Entwurf jedoch aus zahlreichen Gründen nicht tragbar.

Der Mouvement Ecologique ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass die Gemeinden einen negativen Bescheid an das Innenministerium richten sollen, und dies aus mehreren Gründen:

- es wurden bei der Erstellung dieses Reglementes keine (!) Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Menschen getroffen, dieser wesentliche Aspekt wurde nicht einmal am Rande erwähnt!
- de facto werden die Gemeinden auf eine unzulässige Art und Weise ihrer Kompetenzen enthoben, ohne aber dass sie auf der anderen Seite ausreichende Garantien zum Schutz ihrer Bevölkerung erhalten;
- das gesamte Dossier ist extrem untransparent und tendenziös: eine Abwägung der verschiedenen Interessen erfolgte nicht.

Im Folgenden seien die wesentlichsten Probleme ausführlicher angeführt:

1. Primat den wirtschaftlichen Interessen vor Gesundheitsschutz

Äusserst problematisch ist für den Mouvement Ecologique die Sichtweise, welche diesem "Plan" bzw. Reglement zu Grunde liegt. In der Tat wird an mehreren Stellen des "exposé des motifs" argumentiert, gemäss Übereinkunft zwischen Staat und Betreibergesellschaften von GSM-Antennen, wären letztere gezwungen eine optimale territoriale Gestaltung des Netzes (eine sogenannte "couverture" von 90-95%) zu gewährleisten. Dies bedeute aller Voraussicht nach, so die Autoren des Textes, dass damit zu rechnen sei, dass mittel- bis langfristig alle 100 – 200 Meter eine Antenne zu errichten sei.

Woraus aufgrund dieses "Sachzwanges" einer optimalen Abdeckung direkt geschlussfolgert wird, dass alle anderen Belange sich de facto dieser Vorgabe zu unterwerfen hätten!

Hier erfolgt nicht einmal ansatzweise eine Abwägung zwischen gesundheitlichen Aspekten und der vermeintlichen Notwendigkeit einer Abdeckung des gesamten Landesterritoriums mit Antennen.

Auch wenn gewusst ist, dass die Zahl der Handys sehr hoch ist und es nicht sein kann, dass zwar Handys akzeptiert, Antennen jedoch abgelehnt werden, ist es am Staat eine Abwägung der Interessen vorzunehmen.

Dies vor allem auch angesichts der Tatsache, dass hier neue Generationen an Antennen errichtet werden sollen (UMTS), die weitere (noch nicht bestehende) Bedürfnisse abdecken sollen, wie z.B. Internet-Zugang, Bildtelefon. Es stellt sich in der Tat die Frage, ob die Bürger wahllos jedwede Gesundheitsgefährdung z.B. für weitere Technologie-Entwicklungen in Kauf nehmen würden. Auf jeden Fall ist es aber am Staat hier eine verantwortungsvolle Entscheidung unter Berücksichtigung der Allgemeininteressen zu gewährleisten. Dies erfolgte hier nicht!

So entsteht der Eindruck, als ob nicht der Schutz der Menschen Auslöser für die Erstellung dieses "Planes" war, sondern vielmehr das Ziel endlich Nägel mit Köpfen zu machen, damit die Betreibergesellschaften recht wahllos Antennen errichten können! Vor allem eine Lektüre des «exposé des motifs» bestätigt diese Einschätzung ...

2. "Plan sectoriel" ohne konkrete Zukunftsplanung – ein Unding!

Ziel eines sektoriellen Planes ist es – so wie es bereits der Name sagt – u.a. räumliche Elemente in einem entsprechenden Plan festzulegen. Im Landesplanungsgesetz von 1999, aufgrund dessen dieser Plan erstellt werden soll, wird angeführt, dass die sektoriellen Pläne vor allem die zukünftige Entwicklung regeln sollen. Der Mouvement Ecologique stellt jedoch fest, dass dies hier nicht der Fall ist.

- Einerseits werden die wesentlichen Bestimmungen vor allem in einem Reglement definiert, und nicht auf der Ebene eines Planes
- andererseits wurde den Gemeinden * ausschließlich eine Karte mit den Standorten der zur Zeit existierenden Antennen zugestellt. D.h. Angaben über die geplanten Standorte für zusätzliche Antennen (GSM und UMTS) fehlen gänzlich; dabei hätte dies doch gerade Ziel und Zweck des Planes sein sollen;
- * des Weiteren fehlen sehr wichtige Daten:
 - Angaben über die Stärke der Antennen bzw. deren Neigungswinkel (der für die Berechnung eventueller Belastungen von hoher Bedeutung ist)
 - Angaben über die derzeitigen Immissionsbelastungen für die Anrainer u.a.m.

Alleine aus diesem Grund müssten die Gemeinden ein negatives Gutachten abgeben:

- fehlende Angaben zu bestehenden Antennen-Standorten
- keine Angaben über Standorte und Anzahl der geplanten Antennen.

3. Präventiver Gesundheitsschutz findet keine Berücksichtigung!

Eine Erstellung des Planes / Reglementes nach den „Regeln der Kunst“ hätte wie folgt geschehen müssen:

- definieren, welche Immissionsbelastungen (d.h. Belastungen, denen die Anrainer ausgesetzt sind) gemäß dem Prinzip des vorsorgenden Umweltschutzes grundsätzlich zulässig sind (dies auch in Zusammenhang mit der Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung)
- festlegen, welche spezifischen Vorsorgemaßnahmen in besonders sensiblen Gebieten (z.B. Krankenhäuser, Kindergärten) getroffen werden müssen (sogenannte „zones sensibles“),



Fotos aus "Elektrosmog, Störquellen erkennen – Gesundheitsrisiken vermeiden"

- daraufhin festlegen, wie weit die Standorte von Antennen je nach Stärke und anderen technischen Charakteristika von Gebäulichkeiten entfernt sein müssen (wobei auch spezifische Situationen, wie z.B. diejenige von Krankenhäusern oder Schulen berücksichtigt werden müssten);
- in einer weiteren Phase diese Rahmenbedingungen kartographisch festhalten, d.h. Zonen definieren, in denen kein Standort einer Antenne zulässig wäre;
- auf Basis dieser Voraussetzungen Erstellen des sektoriellen Planes.

Exkurs: Studien: Herausgeworfenes Geld?

Entscheidungen sollte man auf objektive Fakten basieren. Hierzu kann auch die Erstellung einer Studie erforderlich sein. Manchmal aber darf man sich Fragen über deren Sinn stellen. Vor allem dann, wenn die Schlussfolgerungen zwar zitiert und scheinbar anerkannt – aber nicht berücksichtigt werden.

Im "exposé des motifs" zum vorliegenden Reglement wird in der Tat eine vergleichende Studie zwischen Ländern angeführt und dort wird – man höre und staune – folgende Vorgehensweise prioriert:

- Erstellung von Schutzzonen, d.h. Gebieten vor aus Gesundheitssicht nicht gebaut werden soll, wie z.B. Krankenhäuser, Altenheime u.a.
- Zonen, in denen die Errichtung einer Anlage kein Problem darstellt und die Gemeinden dies akzeptieren und eine Baugenehmigung erstellen müssen, dies z.B. in Aktivitätszonen
- "zones neutres", in denen die Gemeinden vor allem Entscheidungskompetenz haben.

Von dieser Vorgehensweise ist der vorliegende Reglementsentwurf weit entfernt.

finden und Vorrang für wirtschaftliche Interessen



...eiden", AT Verlag

Wie aber wurde bei der Erstellung dieses Planes vorgegangen?

- Es wurde lediglich ein Text erstellt, der die Gemeinden de facto zwingt, jedwede Antenne auf ihrem Territorium gutzuheissen!
- Gesundheitswerte wurden nicht einmal ansatzweise berücksichtigt, ja finden nicht einmal Erwähnung als Kriterium für das Errichten einer Antenne! Als Kriterium werden vielmehr immer wieder Landschaftselemente u.ä. angeführt.

Schweizerische Gesetzgebung

Zitiert sei in diesem Zusammenhang aus der schweizerischen Gesetzgebung:

Die Schweiz definiert "Immissionsgrenzwerte", d.h. die maximale Belastung für Einwohner und legt fest :

"Anlagen müssen so erstellt und betrieben werden, dass sie die in Anhang 1 festgestellten vorsorglichen Emissionsbegrenzungen einhalten. (...)

Steht fest oder ist zu erwarten, dass ein oder mehrere Immissionsgrenzwerte ... durch eine einzelne Anlage allein oder durch mehrere Anlagen zusammen überschritten werden, so ordnet die Behörde die ergänzende oder verschärfte Emissionsbegrenzungen an.

Sie ordnet ergänzende und verschärfte Emissionsbegrenzungen so weit an, bis die Immissionsgrenzwerte eingehalten werden."

"Die Immissionsgrenzwerte ... müssen überall eingehalten werden, wo sich Menschen aufhalten können."

"Bauzonen dürfen nur dort ausgeschieden werden, wo die Anlagegrenzwerte (...) von bestehenden und raumplanungsrechtlich festgesetzten geplanten Anlagen eingehalten sind oder mit planerischen oder baulichen Massnahmen eingehalten werden können."

Statt von den Ansprüchen des Gesundheitsschutzes auszugehen, finden ausschliesslich diejenigen der Betreiber Berücksichtigung!

Die gänzliche Nicht-Berücksichtigung eines vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutzes – die auf jeder politischen Ebene, sei es Europaparlament, Europäische Regierungskonferenzen oder auch im Koalitionsabkommen der derzeitigen Luxemburger Regierung gefordert werden – ist nicht akzeptabel. Auch aus diesem Grund muss der Plan neu erstellt werden und ist der vorliegende Entwurf rundweg abzulehnen.

3. Gemeindeverantwortliche ohne Kompetenzen ...

Auch wenn es nicht offen gesagt wird, spricht das Reglement doch eine deutliche Sprache: Hier sollen die Gemeinden wesentlicher Kompetenzen beraubt werden.

Denn de facto kann der Bürgermeister die Genehmigung einer Antenne nicht verweigern, aus welchen Gründen auch immer. Artikel 5 ist eindeutig: "Le bourgmestre accorde également l'autorisation si la station de base projetée est contraire à l'affectation de la zone telle que définie par le plan d'aménagement général communal, à condition que l'implantation des constructions ou installations dans la zone visée soit imposée par des impératifs opérationnels..."

Eine reelle Entscheidungsbefugnis aufgrund einer Abwägung von Interessen hat der Bürgermeister hiermit de facto nicht mehr: er wird entmündigt!

Mittels Artikel 3 wird auch geregelt, dass jedwede Antenne von vorneherein als «utilité publique» anzusehen ist. Zitat: «Toute station de base justifie d'une utilité publique».

So kann der Bürgermeister, gemäß dem Wunsch der zuständigen Ministerien, höchstens noch über ästhetische Aspekte entscheiden, wie z.B. die Farbe der Antenne (sic! «le bourgmestre peut exiger que les stations de base et leurs équipements connexes soient d'une couleur qui les intègre le mieux au paysage», Artikel 7).

Auch der in Artikel 9 angeführte "plan d'équipement" stellt keine Lösung dar. Hoffte man vielleicht, unter diesem Begriff würde sich ein systematisches Konzept verbergen, so irrt man. Der Netzbetreiber soll lediglich unter bestimmten Umständen die Gemeinden über bauliche Projekte informieren ...

Hier wird der Bürgermeister zu einem Handlanger degradiert, der staatliche Entscheidungen ohne Wenn und Aber umsetzen muss und höchstens noch ästhetische Korrekturen anführen kann.

Der Mouvement Ecologique versteht wohl, dass es sinnvoll sein kann den Gemeinden diese doch recht schwere und sehr fachliche Entscheidung z.T. zu erleichtern oder gar abzunehmen. Andererseits ist es, wenn die Basisvoraussetzungen stimmen, auch sinnvoll einen Gesamtplan für diese Anlagen zu erstellen.

Dies wird jedoch nur dann auf Akzeptanz stossen, wenn seitens des Staates jedwede

Maßnahme zum Schutz der Menschen getroffen wurde. Wenn dies aber wie im vorliegenden Dossier nicht der Fall ist, ist es nicht tragbar, den Gemeinden jedwede eigene Abwägung von Interessen zu verwehren.

Inakzeptabel ist in diesem Zusammenhang des Weiteren, dass die Gemeinden nur über Antennen außerhalb der Gebäulichkeiten informiert werden, nicht aber über derartige Anlagen innerhalb von Häusern.

4. Mehrere Netzbetreiber – eine Vielzahl an Antennen

Im Rahmen eines sektoriellen Planes hätte der Staat an sich sicherstellen müssen, dass die Netzbetreiber angehalten würden – sowohl aus der Sicht einer sinnvollen Verwendung der Gelder aber auch zum Schutz der Landschaft und der Gesundheit – (dort wo es sinnvoll ist) Anlagen an gemeinsamen Standorten zu errichten. Natürlich kann dies nur unter sehr genauer Abwägung erfolgen (die Gesamtbelastung der Anrainer muss natürlich niedrig gehalten werden), doch stellt sich die Frage zumindest auch im Aussenbereich, in der offenen Landschaft.

In diesem Punkt haben es sich die Autoren des vorliegenden Planes mehr denn einfach gemacht, indem dieses Thema quasi ausgeklammert wurde. Allerdings sollen die Gemeinden – und dies ist geradezu als zynisch anzusehen, wenn man bedenkt, dass sie ansonsten ihrer Kompetenzen enthoben werden – Gespräche mit den Netzbetreibern führen, um eine Zusammenarbeit anzuregen. Sic! Eine Situation, welche ausserdem wohl eine einzelne Gemeinde hoffnungslos überfordert.

Auch in diesem Punkt wurde die oben angeführte Studie kaum berücksichtigt, denn sie gibt folgende Anregung:

"Sous réserve qu'une co-utilisation soit techniquement possible (en fonction de paramètres techniques prédéterminés), un opérateur qui projette une nouvelle implantation sur un site déjà déterminé devrait informer les autres opérateurs de réseaux, soit directement soit par le biais de l'ILR. Les opérateurs, informés des projets d'implantation, pourraient, dans un certain délai, décider de se joindre à celui-ci. Les différentes parties seraient alors tenues de s'entendre sur les partages du coût de l'installation et de l'utilisation du site.

Afin de faciliter la relation contractuelle, un contrat-cadre de co-utilisation pourrait être élaboré par l'ILR en consultation avec les opérateurs. » (Seite 15 des «exposé des motifs»)

5. Untransparente Vorgehensweise

Das Dossier kennzeichnet sich durch eine besonders extreme Untransparenz aus. Als Beispiele, stellvertretend für andere:

- In Artikel 14 wird angeführt, im Rahmen des „Institut de Régulation Luxembourgeois“ würde ein sogenannter «Tableau synoptique»

erstellt, der alle Anlagen und Informationen hierzu beinhalte. Der Bürgermeister könne – schriftlich – einen Plan der Standorte von Antennen auf seinem Gebiet anfragen. Warum nur für seine Gemeinde? Warum erst auf Anfrage, warum erhält er nicht von vorneherein eine derartige Information?

- Oder aber es wird in Artikel 9 dargelegt, der Bürgermeister könne beim Betreiber «la preuve du respect des conditions minimales ...» nachfragen. Und wer erstellt diesen Beweis: «La preuve à fournir peut consister en un certificat à émettre par l'Institut Luxembourgeois de Régulation». Was heißt hier «peut consister»? Als Aussage in einem rechtlichen Text ist diese Formulierung doch mehr als fragwürdig. Doch auch der Betreiber selbst, so der Entwurf, könne sich dieses Attest ausstellen ...

Schlussfolgerung

Der vorliegende Plan ist absolut nicht annehmbar. Er ist untransparent, widerspricht den Prinzipien des Landesplanungsgesetzes, berücksichtigt in keiner Form den vorsorgenden Gesundheitsschutz der Bürger!

Interessante homepages:

www.land-sbg.gv.at, Land Salzburg

www.buergerwelle.de, Dachorganisation der Bürgerinitiativen gegen Elektromog

www.wilabonn.de, Wissenschaftsladen Bonn

www.ecolog.institut.de, Ecolog Institut für Sozial-Ökologische Forschung und Bildung, Hannover

www.umweltinstitut.org, Umweltinstitut München

www.who.ch

www.e-smog.h, Unabhängige Interessengemeinschaft "e-smog", Schweiz

Sektorielle Plan für GSM-Antennen:

Bauernfängerei der betroffenen Ministerien ändert nichts an Sachlage!

Mit Befremden hat der Mouvement Ecologique die Aussagen der Minister Wolter und Biltgen im Rahmen einer Pressekonferenz zum "sektoriellen Plan" für GSM-Sendemasten zur Kenntnis genommen.

Der Mouvement Ecologique bleibt der Überzeugung, dass der vorliegende Entwurf erhebliche Defizite aufweist und ruft die Gemeinden auf ein negatives Gutachten abzugeben.

Zu den Aussagen der Minister ist folgendes anzumerken:

1. Der Mouvement Ecologique ist sich bewusst, dass im sektoriellen Plan selbst die Gesundheitsauflagen nicht festgelegt werden und dass dies, so wie es die Minister hervorheben, im Rahmen der Kommodo-Genehmigung erfolgt. Allerdings - und gerade hier liegt der fundamentale Dissens

zwischen Regierung und Mouvement Ecologique - müssten die Gesundheitswerte die Grundlage schlechthin für den Plan darstellen und dementsprechend berücksichtigt werden. Doch gerade dies ist nicht erfolgt, Gesundheitsbelange wurden nicht einbezogen. Diesen kruzialen Punkt verschwiegen die Minister jedoch in ihrer gestrigen Pressekonferenz! Der Mouvement Ecologique widersetzt sich jedoch ausdrücklich einer Vorgehensweise die zuerst Standorte für Anlagen festlegt, ohne Gesundheitsbelange zu berücksichtigen. Das Gegenteil müsste der Fall sein: Zuerst gilt es die Gesundheitswerte festzulegen, zu definieren wie sich diese räumlich auswirken und dann erst Standorte für GSM-Antennen zu bestimmen. Gerade hierin hätte die Kunst und das eigentliche Ziel des sektoriellen Planes bestehen müssen. Auch in anderen EU-Ländern wird z.T. derart vorgegangen und u.a. Gebiete definiert, wo aus Gesundheitssicht keine Anlagen installiert werden dürfen. Demnach bleibt der Mouvement Ecologique dabei: hier wurden

Betreiberinteressen vor Gesundheitsbelange gestellt!

2. Das vorliegende Dokument kann de facto auch kaum als "sektorieller Plan" bezeichnet werden. Ziel eines derartigen Planes wäre es nämlich festzulegen, wo in Zukunft welche weiteren Anlagen angesiedelt werden sollen und dies auch auf einer Karte darzustellen. Doch auch dies erfolgte nicht! Den Gemeinden wurde lediglich ein Plan mit den bestehenden Anlagen (!), und sogar ohne Abgabe der Stärken, der Belastungen zugestellt. Kein einziger Hinweis auf die zu erwartenden weiteren Anlagen, wobei doch scheinbar massiv neue errichtet werden sollen. Was bitte ist dann die Bedeutung dieses Planes?
3. Nicht korrekt ist auch, wenn die Situation so dargestellt wird, als könne der Bürgermeister entscheiden, ob eine Antenne errichtet wird oder nicht. Im sektoriellen Plan wird sehr deutlich festgehalten, dass eine Anlage als "utilité publique" anzusehen ist und der Bürgermeister obligatorisch die Genehmigung

zu erteilen hat... Ihm bleibt lediglich das Recht vorbehalten, "kosmetische" Eingriffe festzulegen, wie z.B. die Farbe der Masten (sic!). Wenn das keine Entmündigung der Gemeinden darstellt ... !

4. Schon fast zynisch mutet darüber hinaus an, dass die beiden Minister darauf verweisen, mit dem Handy zu telefonieren würde den Einzelnen einer stärkeren Belastung aussetzen als eine GSM-Antenne. Aber: wer telefoniert denn schon 24 Stunden täglich? Dies würde keinem in den Sinn kommen und wäre auch aus Gesundheitssicht überhaupt nicht tragbar. Dass die Argumente derart Fakten verdrehen, lässt tief blicken.

Der Mouvement Ecologique besteht in der Konsequenz darauf, dass der vorliegende Entwurf überarbeitet wird, dies im Interesse des Gesundheitsschutzes, der Kompetenzaufteilung zwischen Staat und Gemeinden sowie einer sinnvollen Raumplanung.

KURZNOTITZEN – Energieeinsparung und Klimaschutz durch Sanierung der Altbauten

Zur Zeit sind 2 Instrumente auf dem Instanzenweg die Schwung in die Sanierung der Altbauten zu Wohnzwecken bringen sollen. Inwieweit diese Hoffnung erfüllt werden können und wie diese Instrumente greifen, wurde kürzlich in einem Umwelt-Forum von mehr als 20 interessierten Fachleuten diskutiert.

Wir wollen hier nur in Kürze auf die 2 Instrumente eingehen. Interessenten können Kopien der Dokumente anfragen (Tel.: 43 90 30 -1)

Der Gebäude-Pass

Für diesen Pass ist das Wohnungsbauministerium zuständig. Der Gebäudepass, vergleichbar mit der 'Gro Kaart' der Fahrzeuge, gibt den generellen Zustand der Wohnungen in Punkto Gesundheit, Sicherheit, Statik, Energie, Funktion... an. Diese ganzheitliche Herangehensweise ist zugleich Stärke als auch vermeintliche Schwäche des neuen Instruments. So werden in Zukunft alle staatlichen Zulagen - auch die des Umweltministeriums für Energieeinsparungen - von der Erstellung des integralen Gebäudepasses abhängig gemacht.

Für die Erstellung des Gebäudepasses werden Architekten speziell ausgebildet und vom Ministerium anerkannt. In einem Gebäude können mehrere Experten herangezogen werden. Der Gebäudepass muss der Eigentümer bezahlen, er wird jedoch vom Wohnungsbauministerium zu 75% (max. 1.900 €) bezuschusst.

Zur Zeit wird eine Preisstafflung der Preise je nach Gebäudetyp vorgenommen.

Die staatlichen Zuschüsse für Wohnungsverbesserungen

Aufgrund der Daten aus dem Gebäudepass, werden sowohl die bestehenden Subventionen des Wohnungsbauministeriums für den privaten Wohnungsbereich als auch die geplanten Zuschüsse des Umweltministeriums für Energie- und CO2-Einsparungen festgelegt.

Das Umweltministerium plant einen Zuschuss von 1000 Euro pro eingesparter tonne CO2, die durch die Sanierungsmassnahme erreicht wurde. Wir bleiben jedoch skeptisch, ob diese Vorgehensweise zur notwendigen Ausschöpfung der Energie-Einsparpotentiale führen wird. Zum einen sind lediglich private Eigenheimbesitzer visiert - alle Mehrfamilienwohnungen bleiben unberührt - und zum anderen schreckt der komplexe Gebäudepass viele Interessenten ab.

Petitionsliste von Transfair – korrekte Preise für Kaffee

Transfair lanciert eine Petitionskampagne, die Sie auf ihrer homepage www.transfair.lu unterzeichnen können. Hier der offizielle Text des Aufrufs:

Aidez-nous à combattre la crise qui frappe 25 millions de caféiculteurs!

La pauvreté et la misère pour les cultivateurs, des profits énormes pour les grandes compagnies de café. C'est difficile à avaler!

L'industrie du café est en crise. Le prix de la matière première a atteint un creux historique et les cultivateurs vendent maintenant leurs récoltes à un prix inférieur au coût de production. Si rien n'est fait, 25 millions de cultivateurs seront ruinés. Pendant que les cultivateurs

retirent leurs enfants de l'école, souffrent sans pouvoir se payer des médicaments et rationnent la nourriture, les grandes compagnies enregistrent des profits records.

Les géants du café doivent payer un prix décent! Plusieurs compagnies achètent le café et le transforment en café moulu ou instantané. Les principaux torréfacteurs

Kraft (Jacobs Kaffee) - Nestlé - Procter & Gamble - Sara Lee (Café Douwe Egberts) - Tchibo-Eduscho sont des géants dans le monde du café et contrôlent le marché de la vente au détail.

Notre combat contre la crise du café est partie intégrante d'une grande campagne d'Oxfam. Plus d'un million de signatures ont déjà été recueillies!

Que voulons-nous des grandes firmes?

Les grandes compagnies doivent payer un prix décent pour leur café et se lancer dans la vente de café équitable.

Les gouvernements doivent appuyer un Plan d'urgence pour le café en supportant politiquement et financièrement la destruction des surplus de stock et en aidant les cultivateurs à se sortir de la crise et à restaurer leur environnement.

Les consommateurs doivent inciter les grandes compagnies à agir de façon responsable et à acheter du café équitable.

Dans cette lettre en anglais, nous demandons aux responsables des grandes firmes

- de payer un prix décent aux producteurs;
- de participer aux négociations en vue d'une issue de la crise;
- d'acheter au moins 2 % de leur café aux conditions du commerce équitable.

Aktion zu Gunsten von José Bové

José Bové, das Symbol gegen wilde Liberalisierungstendenzen, befindet sich zur Zeit bekannterweise im Gefängnis. Möchten Sie ihn unterstützen oder mehr über sein Engagement wissen: Dann können Sie die homepage www.confederationpaysanne.fr konsultieren.

Unterstützen Sie die Spendenprojekte 2003 - 2004 der Stiftung Öko-Fonds

Vor einiger Zeit wurde allen Mitglieder des Mouvement Ecologique ein Falblatt der Stiftung Öko-Fonds mit den Spendenprojekten zugestellt. Hiermit sei noch einmal ein Aufruf an alle Info-LeserInnen gemacht, mit einer Spende die Durchführung folgender Projekte zu ermöglichen:

1. Horizont 2005: fir eng staark Umweltbewegung - fir en neien innovativen Ekologi-Zenter Lëtzebuerg! Codewort bei einer Spendenüberweisung: "Horizont 2005"
2. Eng Chance fir de Biber: Codewort: "projet castor"
3. Ekologi, Demokrati...och Themen an de Walen 2004 Codewort: "Walen 2004"
4. Al Uebst- a Geméisorten erhaalen! Codewort: "Al Zorten"

Die Spendenkonten der Stiftung Oeko-Fonds:
CCPL: IBAN LU96 1111 0734 1886 0000
BCEE: IBAN LU31 0019 1100 4403 0000



Das neue Stromprodukt 'Grenge Strom zu Lëtzebuerg':

Stromsparen und Eigenproduktion durch regenerative Energien bleiben prioritär



Das Angebot von sogenannten 'Grünen Strom' in Luxemburg u.a. durch das Produkt 'Novastrom' der CEGEDEL bietet den größeren Konsumenten (wie z.B. Gemeinden und Betriebe) und auch den privaten Haushalte die Möglichkeit Strom einzukaufen, der nach bestimmten ökologischen Kriterien erzeugt wurde. Ist der Kauf dieses Stromes für Gemeinden – für Privatpersonen empfehlenswert? Stellt er tatsächlich einen Fortschritt aus ökologischer Sicht dar? Diese Fragen, werden sich so manche Gemeinden und so manche Privatpersonen stellen. Gleich vorneweg: der Grüne Strom, den die CEGEDEL anbietet, macht von der Zusammensetzung her Sinn! Wer Novastrom kauft, handelt aus ökologischer Sicht sinnvoll.

Die Entscheidung der Verbraucher / Verbraucherinnen

Bevor die Verbraucher, ob private Haushalte, Gemeinden oder Betriebe, die Entscheidung zugunsten dieses neuen Produktes treffen, ist es ratsam die Frage nach den Prioritäten im Bereich 'Stromkonsum' zu setzen.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist der "Grüne Strom" tatsächlich nur das letzte Glied in einer Kette von weitaus wichtigeren Forderungen, als da sind:

Strom einsparen: eine absolute Priorität

Es gilt eine absolute Priorität auf Stromeinsparungen zu setzen. In der Tat sind, wie rezente Beispiele aus Dienstleistungsbetrieben (z.B. der Stadt Frankfurt), Gemeinden (z.B. Straßenbeleuchtung in Beckerich) und privaten Haushalten (Kanton Redingen) belegen, die Möglichkeiten der Stromeinsparungen längst nicht ausgeschöpft.

Es versteht sich von selbst: die Einsparung von Strom ist ökologisch sinnvoller als jeder Stromverbrauch!

Des Weiteren gilt es für die Verbraucher nicht nur die ökologische, sondern auch die ökonomische Dimension von Stromeinsparungen zu berücksichtigen. Jede eingesparte Kilowattstunde Strom – ganz gleich ob aus konventioneller Produktion oder aus erneuerbaren Energiequellen – stellt nicht nur einen ökologischen Gewinn dar, sondern auch eine Reduzierung der Ausgaben für die Verbraucher.

Eigenproduktion aus erneuerbaren Energiequellen

Eine weitere Priorität ist die Produktion von erneuerbarem Strom auf dem eigenen Gelände oder Gebäude. Vor allem für Betriebe und Gemeinden erhält diese Frage, auch im Zusammenhang mit den bestehenden interessanten Fördermechanismen des Staates, eine wesentliche Bedeutung. Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen (Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen) gilt es die vorhandenen Potentiale im eigenen Land auszuschöpfen und selbst vom Mehrwert zu profitieren.

Anteil des 'Grünen Stroms' im allgemeinen Strommix erhöhen

Erst an dritter Stelle kommt die Frage, nach der Deckung des "Reststrombedarfs", d.h. dem Einkauf von Strom. Hier möchte der Mouvement Ecologique die Verbraucher, ob Haushalte oder Gemeinden, über eine zweispurigen Herangehensweise informieren:

- Grundsätzlich ist, wie bereits erwähnt, das Angebot der CEGEDEL an Grünem Strom sinnvoll. Es ist eine Möglichkeit, Atomstrom durch Strom aus erneuerbaren Energien zu ersetzen.

- Aber: Als Mouvement Ecologique treten wir vor allem dafür ein, dass nicht nur einige "Überzeugungstäger", d.h. besonders ökologiebewusste Personen Grünen Strom kaufen. Vielmehr geht es darum, dass jeder Einwohner Luxemburgs einen gewissen Anteil 'Grünen Strom' in seinem Strommix hat. D.h. statt einiger weniger BürgerInnen die 100% grünen Strom kaufen, leisten alle BürgerInnen einen Anteil. Nur so ist eine größere Verbreitung des grünen Stromes, mit positiven wirtschaftlichen Effekten, tatsächlich gewährleistet. Die Situation ist durchaus mit der Landwirtschaft vergleichbar: Ziel ist es, dass die Landwirtschaft im generellen naturnah produziert, und nicht nur dass einige wenige Biobauern ihr Bestes geben und die generelle Landwirtschaft sich nicht weiterentwickelt. Kommt hinzu, dass generell immer nur sehr wenige Leute (Cegedel peilt 1-2% an) bereit sind auf grünen Strom umzusteigen, so dass der Effekt zwar da ist, aber recht marginal bleibt. Würden alle EinwohnerInnen jedoch z.B. 90% "normalen" und 10% Strom aus regenerativen Energien im Strommix haben, wäre weitaus mehr erreicht, und dies auf gerechtere Art und Weise.

Weitaus besser als 100%-Grüner Strom für wenige, ist demnach etwas grüner Strom für alle – dieser Weg wurde bis dato weder von der Regierung noch der CEGEDEL begangen.

Als Mouvement Ecologique werden wir weiter, vor allem für letztere Lösung eintreten.

Bitte unterstützen Sie uns dabei, indem Sie als Privathaushalt oder Gemeinde auf diese grundsätzlicher

e Vorgehensweise hinweisen.

Die Notwendigkeiten der nationalen Politik

Das bestehende Gesetz zur Liberalisierung des Strommarktes erlaubt es der Regierung bereits zum heutigen Zeitpunkt, Maßnahmen zur weiteren Förderung der regenerativen Energien – über die aktuellen Förderprogramme hinaus – zu ergreifen. Leider nutzt die jetzige Regierung, und hier vor allem das Wirtschaftsministerium, diese Chance aber nicht.

Nunmehr bietet sich eine neue Möglichkeit, endlich deutliche Akzente im Sinne einer Energiewende zu setzen, und zwar durch die Umsetzung der EU-Direktive betreffend erneuerbare Energien.

Wir sind der Überzeugung, dass die Regierung, aufgrund ihren eigenen in der Regierungserklärung definierten Ansprüchen, gehalten ist, diese Möglichkeit zu ergreifen, um regenerative Energiequellen insgesamt zu fördern und deren Anteil am Strommix in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen.

Sie sehen die Förderung von regenerativen Energien im Rahmen einer nachhaltigen Politik als staatliche Aufgabe und sind daher der

Überzeugung, dass die nationale Politik in Luxemburg den Rahmen für deren Anteil am Strommix setzen muss. Diese Aufgabe wird sowohl durch internationale Verträge (z.B. RIO-Konvention, Kyoto-Protokol, EU-Direktiven) vorgeschrieben und ist zudem auch durch die Notwendigkeit der Substitution von fossilen Energieträgern durch regionale erneuerbare Energiequellen vorgegeben. Angesichts der derzeitigen Auseinandersetzungen und des IRAK-Krieges um Rohstoffe ist letzteres Ziel auch als Friedenspolitik mit anderen Mitteln zu betrachten.

'Grüner Strom' darf also nicht nur eine Frage von Angebot und Nachfrage einzelner Akteure bleiben, darf nicht nur dem guten Willen der Bürger bzw. von Industrie und Handel sowie Gemeinden überlassen werden, sondern muss auch als nationalpolitische Aufgabe angesehen werden.

In der EU-Direktive 2001/77/EU vom 27. September 2001 betreffend die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt hat Luxemburg einen Referenzwert von 5,7% für erneuerbare Energiequellen angegeben. D.h. im Klartext: bis zum Jahre 2010 soll der Anteil regenerativer Energien am gesamten Stromverbrauch in Luxemburg 5,7% gegeben.

Gleichzeitig sieht der Plan für eine nachhaltige Entwicklung vor, dass Luxemburg bis zum Jahre 2010 einen Anteil von regenerativen Energien von 10% erreichen muss.

Mouvement Ecologique asbl.

Ökologisches Zentrum Pafendall
6, rue Vauban
L - 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43
e-mail: meco@emweltzenter.lu
www.emweltzenter.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 € –
Haushaltsmitgliedschaft: 60 € –
Für Studenten und Arbeitslose: 20 € –
Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 €

Kontonummer:
CCP IBAN LU16 1110392-1729 0000,
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.

